

Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich 1918-1938
(ADÖ)

Herausgegeben von Arnold Suppan

ÖSTERREICHISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN
PHILOSOPHISCH-HISTORISCHE KLASSE
INSTITUT FÜR NEUZEIT- UND ZEITGESCHICHTSFORSCHUNG

FONTES RERUM
AUSTRIACARUM
ÖSTERREICHISCHE GESCHICHTSQUELLEN

ZWEITE ABTEILUNG
DIPLOMATARIA ET ACTA
95. BAND

Verlag der
Österreichischen Akademie
der Wissenschaften



Wien 2014

OAW

ÖSTERREICHISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN
PHILOSOPHISCH-HISTORISCHE KLASSE
INSTITUT FÜR NEUZEIT- UND ZEITGESCHICHTSFORSCHUNG

Außenpolitische Dokumente
der Republik Österreich
1918–1938 (ADÖ)

Band 9
Österreich im Banne des
Faschismus

24. Februar 1933 bis 6. August 1934

Herausgegeben von Walter Rauscher

Verlag der
Österreichischen Akademie
der Wissenschaften



Wien 2014

OAW

Vorgelegt von W. M. ARNOLD SUPPAN
in der Sitzung am 18. Oktober 2013

Umschlagentwurf:
Katharina Uschan

Diese Publikation wurde einem anonymen, internationalen Peer-Review-Verfahren unterzogen.
This publication has undergone the process of anonymous, international peer review.

Die verwendete Papiersorte ist aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff hergestellt,
frei von säurebildenden Bestandteilen und alterungsbeständig.

Alle Rechte vorbehalten.

ISBN 978-3-7001-7588-9

Copyright © 2014 by
Österreichische Akademie der Wissenschaften
Wien

Satz: HAPRA GmbH, Puchenau
Druck: Prime Rate kft., Budapest

<http://hw.oeaw.ac.at/7588-9>
<http://verlag.oeaw.ac.at>

Inhalt

Vorwort	7
Die Entwicklung des Vaterländischen Regimes	9
Österreichs außenpolitischer Kurs 1933/34	27
Chronologisches Verzeichnis der Dokumente	43
Dokumente	69
Anhang: Staatsoberhäupter, Regierungschefs und Außenminister	472
Abkürzungsverzeichnis	476
Orts-, Personen- und Sachregister	480

Vorwort

Die 17 Monate zwischen Anfang März 1933 und Anfang August 1934 gehören ohne Zweifel zu den schwierigsten Zeitabschnitten der Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert. Abgesehen vom Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise und der Massenarbeitslosigkeit umreißt allein die rasche Abfolge von innen- und außenpolitischen Konfrontationen die Zerrissenheit der österreichischen Gesellschaft und das Schicksal Österreichs als Spielball der europäischen Mächtepolitik. Auf den Eisenbahnerwarnstreik am 1. März 1933 folgte der Rücktritt der drei Nationalratspräsidenten am 4. März und die Ausschaltung des Parlaments durch die Regierung Dollfuß am 7. März. Ende März beschlossen die Regierungsparteien die Auflösung des Republikanischen Schutzbundes, Ende April gewannen die Nationalsozialisten die Gemeinderatswahlen in Innsbruck. Nach dem Verbot weiterer Wahlen in die Landtage und Gemeinden wurde am 20. Mai die Vaterländische Front gegründet. Als Reaktion auf die Ausweisung des Reichsjustizkommissärs Frank verhängte Reichskanzler Hitler Ende Mai die „Tausend-Mark-Sperre“, die den österreichischen Fremdenverkehr schwer beeinträchtigte. Aufgrund einer Serie von NS-Sprengstoffanschlägen wurde am 19. Juni 1933 wiederum die NSDAP verboten.

Das konkrete Ergebnis von Verhandlungen der österreichischen Regierung mit dem Heiligen Stuhl stellte am 6. Juni 1933 ein Konkordat dar, und auf Drängen Mussolinis in Riccione hin bekannte sich Dollfuß am 11. September auf dem Wiener Trabrennplatz zum „sozialen, christlichen, deutschen Staat Österreich auf ständischer Grundlage und starker autoritärer Führung“. Auf einem Parteitag Mitte Oktober strich wiederum die Sozialdemokratische Partei den Anschlussartikel aus ihrem Parteiprogramm. Nachdem im Jänner 1934 neuerlich eine NS-Terrorwelle angerollt war, bereitete der Ballhausplatz eine Beschwerde an den Völkerbund vor, die Großbritannien, Frankreich und Italien zu einer Dreimächtedeklaration zugunsten der Unabhängigkeit Österreichs veranlasste. Der Abschluss der „Römer Protokolle“ Mitte März stärkte die Zusammenarbeit mit Italien und Ungarn. Auf Drängen der Tiroler, Wiener und oberösterreichischen Heimwehr begann Anfang Februar 1934 die Waffensuche in sozialdemokratischen Parteiheimen, die in Linz den bewaffneten Widerstand des Schutzbundes auslöste. Innerhalb kurzer Zeit kam es zu schweren Kämpfen von Einheiten des Schutzbundes gegen Verbände des Bundesheeres, der Polizei und der Heimwehr in Wien sowie in einigen oberösterreichischen und steirischen Industriestädten. Die Exekutive entschied je-

doch in wenigen Tagen diesen Bürgerkrieg, die Regierung ließ neun Schutzbündler standrechtlich hinrichten. Die Sozialdemokratische Partei wurde aufgelöst, die sozialdemokratischen Mandate wurden annulliert, Hunderte Anhänger ins Anhaltelager Wöllersdorf verbracht.

Ein bloßes Rumpfparlament verlieh am 30. April den von der Regierung erlassenen Notverordnungen einen legalen Schein, sogleich am 1. Mai wurde die berufsständische autoritäre „Maiverfassung 1934“ proklamiert. Die neuerliche NS-Attentatswelle führte zum Bundesgesetz für Sprengstoffvergehen. Nach der von Hitler angeordneten Ermordung zahlreicher SA-Führer und politischer Gegner am 30. Juni versuchten österreichische Nationalsozialisten den Sturz der Regierung Dollfuß. Der Juliputsch in Wien wurde von Bundesheer, Polizei und Heimwehr ebenso niedergeschlagen wie der Aufstandsversuch in der Steiermark und Kärnten, der Bundeskanzler aber in seinem Amt ermordet. Sein Nachfolger, Kurt Schuschnigg, ließ zwar Hunderte NS-Anhänger ins Anhaltelager Wöllersdorf einliefern, stand aber ab 2. August 1934 einem Reichskanzler Hitler gegenüber, der nun auch Reichspräsident Hindenburg beerbt hatte.

Für die Finanzierung der Editionsarbeit und der Drucklegung dieses Bandes sei sowohl dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung als auch der Österreichischen Akademie der Wissenschaften gedankt. Die Archivarbeit im Österreichischen Staatsarchiv unterstützten die Damen und Herren des Archivs der Republik und des Allgemeinen Verwaltungsarchivs. Die Digitalisierung des Bandes geht zu großen Teilen auf die gewissenhafte Tätigkeit Patrick Shonodas zurück. Besondere Unterstützung erhielten wir von der Buchproduktion der ÖAW unter Leitung von Mag. Lisbeth Triska und vom Verlag der ÖAW unter Leitung von Mag. Herwig Stöger.

Wien, im Februar 2014

*Walter Rauscher
Arnold Suppan*

Die Entwicklung des Vaterländischen Regimes

Seit 1. Oktober 1932 regierte das Kabinett Engelbert Dollfuß aufgrund des alten „kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes“ aus dem Jahre 1917 mittels Notverordnungen. Angesichts ihres Wählerschwunds, des Tods oder der Ablösung alter, großteils verbrauchter Protagonisten und der erstarrten Gegnerschaft zur Sozialdemokratie tendierten im christlichsozialen Lager die Männer der „Frontgeneration“, die noch unter dem Einfluss des späten, demokratiekritischen Ignaz Seipel standen, mittlerweile zu einer politischen Lösung unter autoritärem Vorzeichen. Die neuen konservativen Hoffnungsträger sehnten sich nach alter habsburgischer Tradition, nach einer den Gegebenheiten des republikanischen (Klein-) Österreichs angepassten absolutistischen Staatsführung.¹

Angesichts der intensiven Bindung der Christlichsozialen zum Vatikan besaßen die gesellschaftspolitischen Auffassungen des Heiligen Stuhls naturgemäß erhebliches Gewicht. In der päpstlichen Enzyklika „Quadragesimo anno“ von 1931 wurde so die ständische Vertretung zur Beseitigung der großen Probleme der Zwischenkriegszeit hochgehalten. Gemeinsam mit Othmar Spanns Lehre bildete sie für den streng katholischen, deutschnational inspirierten Engelbert Dollfuß das Fundament für seine Ideologie einer gottgewollten Herrschaft der Besten. Durch die Enzyklika erhielten auch die sozialreformatorischen und berufsständischen Ideen Karl von Vogelsangs, Franz Schindlers und Anton Orels ihre Rechtfertigung und neue Aktualität. Gustav Piffel, Ignaz Seipel, Richard Schmitz und andere legten 1931 in „Die soziale Botschaft des Papstes“ die Bedeutung der Enzyklika als richtungsweisend dar. Schmitz, ein Vertrauter Seipels, strebte ein Jahr später auch in seinem Kommentar zum Parteiprogramm von 1926 eine Gesellschaftsordnung an, die sich in Übereinstimmung mit der päpstlichen Enzyklika befand, der „Zusammenfassung der durch Gleichheit ihres Berufes und Dienstes an der Gesellschaft Zusammengehörigen“. Der parlamentarisch geprägte „Volksstaat“ müsse vom „richtig verstandenen Autoritätsstaat“ abgelöst werden. Im Wunsch nach einem stark geführten, antidemokratischen Staat mit einer klassischen Untertanengesellschaft schwang die österreichische Tradition des Abso-

¹ Zur autoritären Entwicklung innerhalb der Partei siehe Protokolle des Klubvorstandes der Christlichsozialen Partei 1932-1934, ed. Walter Goldinger (Wien 1980); „Dieses Österreich retten ...“ Die Protokolle der Parteitage der Christlichsozialen Partei in der Ersten Republik, ed. Robert Kriechbaumer (Wien-Köln-Weimar 2006); Anton *Staudinger*, Christlichsoziale Partei. In: Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik, ed. Erika Weinzierl und Kurt Skalnik, Bd. 1 (Graz-Wien-Köln 1983) 249-276.

lutismus, des Obrigkeitsstaats Metternichs und des Neoabsolutismus des jungen Franz Josephs mit, wenngleich diese mit einer Ideologie des 20. Jahrhunderts kombiniert wurde, die als drittes Vorbild diente: dem Faschismus italienischer Prägung – und dies trotz seiner antiklerikalen, sozialdarwinistischen und modernistischen Ausrichtung, trotz der Italianisierung des so schmerzlich vermissten Südtirols. Vor allem die von Seipel ins Spiel gebrachten Heimwehren wurden durch den italienischen Faschismus maßgeblich beeinflusst. Diese paramilitärischen Verbände waren in erster Linie antimarxistisch, antiurban, heimattreu und nicht selten antisemitisch eingestellt. Beeinflusst durch den italienischen Faschismus, der universalistischen Doktrin Othmar Spanns und den Ideen Ignaz Seipels hingen auch die Heimwehren der Ständeideologie nach.

Der beinahe mit Stolz vor sich hergetragene Antisemitismus machte gleichzeitig auch ein Dilemma der „vaterländischen“ Bewegung deutlich: die Konkurrenz zu einer Partei, die im rechten Spektrum noch extremere Vorstellungen vertrat. Die NSDAP besetzte bis auf den Katholizismus alle Themen der radikalen Rechten mit weit mehr Energie und Überzeugungskraft. Dies traf natürlich vor allem auf den Deutschnationalismus zu, der auch bei vielen Christlichsozialen verankert war. Allein die konservativen Deutschnationalen des politischen Katholizismus konnten mit dem Elan der Bewegung Hitlers nie mithalten oder diesem wirksamen Widerstand entgegensetzen.

Dass es mit dem Parteienstaat zu Ende gehen sollte, darin waren sich Vaterländische und Nationalsozialisten freilich unabhängig voneinander einig. In seinen letzten Jahren hatte Seipel sowohl mit Taten als auch ideell innerhalb des politischen Katholizismus den Boden für eine autoritäre Staatsform bereitet. Dies zeigte vor allem bei den nachrückenden Jüngeren Wirkung.² So sah auch Kurt Schuschnigg bereits 1931 in einem Brief an Carl Vaugoin das parlamentarisch demokratische System „früher oder später selbst in sich zusammenbrechen“.³ Der viel geschmähte republikanische Parteienstaat wurde von den Vaterländischen sodann 1933/34 tatsächlich durch einen ultrakonservativen Gegenentwurf ersetzt: Durch ein System, das seine Staatsbürger zu bloßen Untertanen degradierte und von einer Persönlichkeit absolutistisch regiert wurde, die aus der Mitte einer der katholisch monarchischen Tradition Österreichs verhafteten Elite stammte.

Als verhängnisvoll hatte sich die von Seipel betriebene Verknüpfung der Christlichsozialen Partei mit der Heimwehrbewegung erwiesen. Diese wurde zwar keineswegs von allen bürgerlichen Politikern mit Begeisterung aufgenommen,

² Ernst *Hanisch*, Die Ideologie des politischen Katholizismus in Österreich 1918-1933 (Salzburg 1977); Othmar *Spann*, Der wahre Staat. Vorlesungen über Abbruch und Niveau der Gesellschaft (Leipzig 1921); Klaus Jörg *Siegfried*, Universalismus und Faschismus. Das Gesellschaftsbild Othmar Spanns. Zur politischen Funktion seiner Gesellschaftslehre und Ständestaatskonzeption (Wien 1974). Siehe auch Johann G. *Lackner*, Die Ideologie und Bedeutung der Christlich-sozialen Partei bei der Errichtung des „Dollfuß-Schuschnigg-Regimes“ (Wien 1995).

³ *Staudinger*, Christlichsoziale Partei, 266.

aber von größeren Teilen der Industrie durch finanzielle Zuwendungen erheblich unterstützt. Die reaktionären Heimwehrverbände – offiziell gar nicht in die Christlichsoziale Partei eingebunden – verstanden sich als Wehrorganisationen zur Bekämpfung des Bolschewismus. Ihre Wurzeln lagen in den bäuerlichen und bürgerlichen Selbstschutzorganisationen und waren unmittelbar nach Ende des Ersten Weltkriegs entstanden.

Aufgrund eines sozialdemokratischen Parteitagebeschlusses gründete der ehemalige Staatssekretär für Heereswesen und Organisator der Volkswehr, Julius Deutsch, als Reaktion auf die Politik der Christlichsozialen gegenüber den Heimwehren und dem Bundesheer zur Verteidigung der Errungenschaften von 1918 aus den bewaffneten Arbeiterwehren und Ordnerorganisationen 1923 den „Republikanischen Schutzbund“. Damit verfügten nun auch die Sozialdemokraten in der politischen Auseinandersetzung über bewaffnete Einheiten, die freilich – im Gegensatz zu ihrem rechten Pendant – wenigstens bis 1934 von der Partei kontrolliert wurden. Zu seiner Blütezeit umfasste der Schutzbund an die 90 000 Mann. Von den 150 000 bis 200 000 Mitgliedern der Heimwehren Ende der 20er Jahre waren etwa 40 000 bis 50 000 militärisch ausgebildet. Nahezu von Beginn an führte die enge Zusammenarbeit der Heimwehren mit den christlichsozialen Landesregierungen zu einer Einbindung dieser paramilitärischen Formationen in die reguläre Exekutive. Auch wurden sie nicht bloß von Banken und dem Hauptverband der Industrie finanziell unterstützt, sondern von der Christlichsozialen Partei politisch gefördert. Nach einer gewissen Stabilisierung der Ersten Republik um die Mitte der 20er Jahre schien der Stern der Heimwehren bereits im Sinken. Erheblich an politischem Gewicht gewannen sie sodann aber im Zuge des Schattendorfer Prozesses und des Justizpalastbrands 1927, worauf man sie in den meisten Ländern zur Brechung der von den Sozialdemokraten angekündigten Generalstreiks einsetzte. Dessen Scheitern erhöhte das Selbstvertrauen der Heimwehren erheblich.⁴

Die verschiedenen Heimwehrverbände bildeten freilich keineswegs eine homogene Organisation, weder in ihrer sozialen Zusammensetzung, wobei sich ihre Führerschaft jedenfalls vornehmlich aus Offizieren sowie kleinstädtischen Akademikern wie Advokaten und adeligen Agrariern zusammensetzte und die einfachen Mitglieder in erster Linie aus den bäuerlichen Schichten und aus dem Bereich der Angestellten stammten; noch in ihrer politischen Ausrichtung, die von monarchistisch-konservativ, über christlichsozial, deutschnational bis völkisch reichen konnte, wenigstens im Antimarxismus aber einen außerhalb jeder Diskussion stehenden Schnittpunkt besaß. Während der Steirer Walther Pfrimer Neigungen für den Nationalsozialismus zeigte (dem er sich nach dem Scheitern seines Putsches 1931 auch offiziell anschloss), sympathisierte der Tiroler Richard Steidle offen

⁴ Siehe dazu besonders Earl C. Edmonson, *The Heimwehr and Austrian Politics 1918-1936* (Athens 1978).

mit dem italienischen Faschismus.⁵ Der oberösterreichische Heimwehrführer, Fürst Ernst Rüdiger von Starhemberg, gerierte sich überhaupt als verlängerter Arm Benito Mussolinis (für ihn hieß das Programm ausdrücklich „Austrofaschismus“). Gemeinsam war allen Heimwehren der Wunsch nach einem Marsch auf die Bundeshauptstadt in Analogie zu den italienischen Ereignissen anlässlich der Machtergreifung des Duce vom 28. Oktober 1922.

Italien und Ungarn förderten die Aufrüstung der Heimwehren durch Waffen- und Geldlieferungen. Aber Ende der 20er Jahre war deren Zenit eigentlich schon überschritten, und im Frühjahr 1931 zeigte die Bewegung bereits Auflösungserscheinungen. Die Heimwehren waren überaltert und verloren Mitglieder an die Nationalsozialisten, die gerade für die Jugend weit anziehender wirkten. Aber die große Wirtschaftskrise und der Zerfall des „Bürgerblocks“ 1932 stärkte die Position der Heimwehren noch einmal neuerlich, wurden sie doch im Parlament zum wichtigsten Partner der Christlichsozialen. Sie hatten dazu speziell seit der „Selbstausschaltung des Parlaments“ Gelegenheit, indem sie der Regierung Dollfuß eine verlässliche Stütze bei der Beseitigung der Parteiendemokratie und rechtsstaatlicher Einrichtungen boten.

Der Nationalsozialismus wiederum hatte in Österreich bis 1931 bloß geringe politische Relevanz besessen. Die Gründe für die Anfang der 30er Jahre sodann einsetzende Anziehungskraft der „Hitler-Bewegung“ lagen in der Weltwirtschaftskrise, in Antisemitismus, Antimarxismus, in antijüdisch geprägtem Antikapitalismus, im Anschlusswillen und in der Auflösung der Lagerbindungen. Viele kamen über nationale Vereine (Sport- und Schulvereine, Interessenvereine in Handel und Gewerbe) und schlagende Burschenschaften zu den Nationalsozialisten.⁶ Die „Erfolgsgeschichte“ des „Dritten Reichs“ sorgte für einen weiteren Attraktivitätsschub des Nationalsozialismus, der auf die Sehnsucht der enttäuschten Menschen nach Erlösung sowohl mit konkreten Maßnahmen wie der Beseitigung der Arbeitslosigkeit und der Aggression gegen vermeintliche Feinde im Innern und im Ausland als auch mit Mythen wie dem „Tausendjährigen Reich“ Antworten zu geben schien.

Natürlich hatte Österreich mit den Folgen der Weltwirtschaftskrise schwer zu kämpfen, die es zwar keineswegs schwerer als andere Staaten traf, sich dafür aber als besonders langwierig erwies und Landwirtschaft, Industrieproduktion und Geldwesen nachhaltig erfasste. Im Januar 1933 gab es in Österreich 600 000 Arbeitslose, und die Rate sank in den Folgejahren nur unbedeutend. Die Verarmung weiter Teile der Bevölkerung stellte ein beträchtliches Problem dar, Proteste von Bauern und Gewerbetreibenden häuften sich. In Österreich herrschte ein solches Ausmaß an Not, dass von vielen die Fortsetzung des bisherigen politischen

⁵ Lajos Kerekes, *Abenddämmerung einer Demokratie. Mussolini, Gömbös und die Heimwehr* (Wien 1966).

⁶ Dirk Hänisch, *Die österreichischen NSDAP-Wähler. Eine empirische Analyse ihrer politischen Herkunft und ihres Sozialprofils* (Wien-Köln-Weimar 1998).

Lebens als das schlechteste aller Lösungsmodelle betrachtet wurde. Die gewaltigen ökonomischen Aufgaben schienen entweder nur auf breiter parteipolitischer Basis oder auf autoritärer Grundlage lösbar. Dollfuß sah sich sowohl von Mitgliedern der Christlichsozialen Partei und der Heimwehr als auch von außerhalb (etwa durch Mussolini oder den extrem rechts orientierten Völkerbundvertreter Rost van Tonningen) zum Experiment des zweiten Wegs aufgefordert.⁷ Die Beseitigung demokratischer Einrichtungen sollte nach Auffassung des reaktionären Flügels der Christlichsozialen einerseits mithelfen, die Wirtschaftskrise zu meistern, und andererseits die Gesellschaft wieder in eine Zeit zurückführen, die noch nicht von den Realitäten des Austromarxismus verdrorben war.⁸

Die österreichische Demokratie geriet gegen ihre Gegner somit in einen Mehrfrontenkrieg, in dem sie schlussendlich aufgerieben werden sollte. Immer deutlicher zeichnete es sich ab, dass der autoritär gesinnte Bundeskanzler gewillt war, zunehmend auf die Zustimmung und die Kontrolle des durch die Lausanner Anleihe und die Hirtenberger Waffenaffäre heillos zerstritten wirkenden Parlaments zu verzichten.⁹ Am 4. März 1933 debattierte der Nationalrat in einer außerordentlichen Sitzung über die Konsequenzen eines 72 Stunden zurückliegenden Eisenbahnerstreiks. Der Streit um die Gültigkeit eines bei einer der Abstimmungen abgegebenen Stimmzettels führte schließlich zum Ende der Demokratie in Österreich. Der Rücktritt aller drei Präsidenten machte den Nationalrat handlungsunfähig. Das Parlament hatte sich „selbst ausgeschaltet“, wie es später heißen sollte. In einer funktionierenden Demokratie hätte eine solche Unachtsamkeit weiter keine Folgen nach sich gezogen. Aber das politische Umfeld war eben längst antidemokratisch geworden.¹⁰

Zum anderen empfand der Bundeskanzler den Sieg der Nationalsozialisten bei den deutschen Reichstagswahlen vom 5. März als Fingerzeig, gegen die Hitler-Bewegung in Österreich mit undemokratischen Maßnahmen vorgehen zu müssen. Zwei Tage später trat Dollfuß in einem geschickten Schachzug sogar noch zurück, um sich gleich danach von Miklas wieder zum Bundeskanzler ernennen zu lassen,

⁷ Siehe Peter *Berger*, Im Schatten der Diktatur. Die Finanzdiplomatie des Vertreters des Völkerbundes in Österreich Meinoud Marinus Rost von Tonningen 1931-1936 (Wien-Köln-Weimar 2000).

⁸ Vgl. dazu Aurel *Schubert*, The Credit-Anstalt Crisis of 1931 (Cambridge/Mass. 1991); Dieter *Stiefel*, Finanzdiplomatie und Weltwirtschaftskrise – die Krise der Credit-Anstalt 1931 und ihre wirtschaftlich-politische Bewältigung (Frankfurt 1988); *ders.*; Arbeitslosigkeit. Soziale, politische und wirtschaftliche Auswirkungen – am Beispiel Österreichs 1918-1938 (Berlin 1979); *ders.*; Die große Krise in einem kleinen Land. Österreichische Finanz- und Wirtschaftspolitik 1929-1938 (Wien 1988); sowie die betreffenden Abschnitte bei Roman *Sandgruber*, Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart (= Österreichische Geschichte, ed. Herwig Wolfram, 10, Wien 1995).

⁹ Vgl. Peter *Huemer*, Sektionschef Robert Hecht und die Zerstörung der Demokratie in Österreich (Wien 1975).

¹⁰ Siehe etwa Walter *Rauscher*, Karl Renner. Ein – österreichischer – Mythos (Wien 1995) 279-283.

womit sich der Bundespräsident in die Abhängigkeit des Regierungschefs begab. Zugleich nutzte der Bundeskanzler die verworrene Situation und schränkte die Presse- und Versammlungsfreiheit ein. Die sozialdemokratische Führung schreckte in ihrer gemäßigten Haltung vor der Ausrufung eines Generalstreiks zurück und zeigte damit erneut ihre Schwäche. Dollfuß beschloss dagegen, keine halben Sachen zu machen. Durch den Austritt seiner christlichsozialen Mitglieder wurden der Verfassungsgerichtshof in die Entscheidungsunfähigkeit manövriert, die Bedenken des Bundespräsidenten einfach ignoriert.

Die Allianz einer Regierungskoalition des von der Christlichsozialen Partei dominierten bürgerlichen Lagers mit einer faschistischen paramilitärischen Bewegung ging nun daran, Österreich von einer Parteiendemokratie in eine betont konservative Diktatur umzuformen. Antimarxistisch und antiliberal einerseits, war sie andererseits extrem klerikal, antisozialdarwinistisch und im Wesentlichen antimodernistisch, womit sie eigentlich typisch faschistischen Merkmalen widersprach. Außerdem fügte sie dem Spektrum der alten Eliten keinerlei Konkurrenz hinzu, sondern baute dieses vielmehr aus und zerschlug aufkommende neue wie jener der Sozialdemokratie, oder versuchte sie zu zerschlagen wie im Fall der österreichischen Nationalsozialisten. Gleichzeitig unternahm das Regime nach totalitärem Muster gehörige Anstrengungen der Mobilisierung der Massen, der Militarisierung der Gesellschaft, der Ästhetisierung der Frontkämpfergeneration und im Aufbau eines Führermythos. Wie sich letzten Endes herausstellte, waren diese Bemühungen allerdings von lediglich geringem Erfolg begleitet.

Von Beginn an befand sich Dollfuß in ständiger Defensive. Während er auf diplomatischer Ebene schlicht um Österreichs Unabhängigkeit kämpfte, antwortete er im Innern mit der Repression des Polizeistaates auf die Opposition von links und rechts. In seinem Zweifrontenkrieg gegen die Sozialdemokratie und den aufstrebenden Nationalsozialismus (der mittlerweile mit der Großdeutschen Volkspartei und dem „Steirischen Heimatschutz“ ein „Kampfbündnis“ geschlossen hatte) griff der Kanzler zunehmend zu eindeutig antidemokratischen Maßnahmen. Am 31. März ließ er – ermutigt durch die Unentschlossenheit der Sozialdemokraten – den Schutzbund auflösen, während die Heimwehren die Funktion einer Miliz ausübten.¹¹ Am 1. Mai wurde der traditionelle Maiaufmarsch untersagt, neun Tage später erließ die Regierung – noch unter dem Schock des Innsbrucker Urnengangs vom 23. April, bei dem die Nationalsozialisten mit 40 % der Stimmen zur stärksten Partei aufgestiegen waren – das Verbot, Landtags- und Gemeinderatswahlen abzuhalten. Die Auseinandersetzung zwischen der Regierung in Wien und den österreichischen Nationalsozialisten verschärfte sich einseitig weiter. Im Mai sah sich Dollfuß deshalb gezwungen, eine erste demonstrative Maßnahme gegen

¹¹ Vgl. Walter *Wiltschegg*, *Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung?* (Wien 1985) und Bruce F. *Pauley*, *Hahnenschwanz und Hakenkreuz. Die Steirische Heimatschutz und der österreichische Nationalsozialismus 1918-1934* (Wien-München-Zürich 1972).

die nationalsozialistische Gefahr zu treffen, indem er das Tragen der braunen Parteiuniform untersagte. Darüber hinaus ging er auch gegen nationalsozialistische Beamte vor.

Offensichtlich hatte Dollfuß seine Chance erkannt, einen autoritären Kurs ähnlich wie in Italien und Ungarn beschreiten zu können. Im September 1933 verkündete der Kanzler auf einer Großkundgebung der „Vaterländischen Front“ auf dem Wiener Trabrennplatz anlässlich der 250-Jahr-Feier zur Zweiten Wiener Türkenbelagerung programmatisch, „den sozialen, christlichen, deutschen Staat Österreich auf ständischer Grundlage unter starker autoritärer Führung“ anzustreben. Doch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise erreichten in Österreich ihren Höhepunkt, und der unruhige Nachbar im Norden und seine fanatische, oft junge Anhängerschaft in Österreich gönnten dem Regime keine Atempause. Der von Dollfuß propagierte Optimismus griff nur kurz. Der Bundeskanzler selbst wurde am 3. Oktober 1933 bei einem Revolverattentat im Parlamentsgebäude durch einen mit den Nationalsozialisten zumindest sympathisierenden Jugendlichen verletzt, woraufhin die Regierung bereits eine Woche später die Wiedereinführung der Todesstrafe im Standgerichtsverfahren verkündete.

Was die österreichische Sozialdemokratie betraf, so kam deren Schwäche der Bundesregierung zu Hilfe. Im Frühsommer 1933 diskutierte der niederösterreichische Landespartei Vorstand Vorschläge zur Umstrukturierung der SDAP. Demnach sollte die Bundesparteileitung verjüngt, der Einfluss der Parteisekretäre (Julius Deutsch) gegenüber den gewählten Mandataren zurückgedrängt, der Parteivorsitzende von allen übrigen Funktionen entlastet werden und ein Parteirat die Position des Parteimitglieds gegenüber der Parteiverwaltung verbessern. Renner, gleichsam die Leitfigur der niederösterreichischen Genossen, schlug Landesrat Heinrich Schneidmadl als neuen Chefredakteur für die „Arbeiter-Zeitung“ vor. Um die sozialdemokratische Politik aus der Sackgasse zu führen, musste seiner Auffassung nach vor allem auch der Stil des Parteiorgans einer Änderung unterzogen werden. Selbst der Rücktritt Otto Bauers, der mittlerweile ebenfalls für eine Reform eintrat, wurde ernstlich erwogen. Renner bekundete jedenfalls seine Bereitwilligkeit, aus dem Vorstand zurückzutreten, um den Abgang Bauers zu kompensieren. Der Bundespartei Vorstand wollte aber nicht so weit gehen. Er entschied vielmehr, „nicht bei einem Übergang über den Strom die Pferde zu wechseln“.¹²

Mitte Oktober 1933 hielt die SDAP einen außerordentlichen Parteitag ab.¹³ Während viele den entschiedenen Widerstand gegen die Regierung forderten, rief auch Otto Bauer zu Mäßigung und Verhandlungsbereitschaft gegenüber der Regierung auf. Der Parteitag entschied sich, nur bei einem Verbot der Partei oder der Gewerkschaften, einer Besetzung des Wiener Rathauses oder der Proklamation einer

¹² *Rauscher*, Renner, 283 f.

¹³ Protokoll des außerordentlichen Parteitags 1933. In: Verein für die Geschichte der Arbeiterbewegung, Altes Parteiarchiv, Mappe 66/I.

faschistischen Verfassung den Generalstreik auszurufen. Die niederösterreichische Fraktion unter Renner, Oskar Helmer, Adelheid Popp, Pius Schneeberger und Heinrich Schneidmadl gewann durch ihre Bereitschaft, mit der Bundesregierung zu verhandeln, in der Partei an Gewicht. Die auch „Verständigungsrichtung“ genannte Gruppe verfügte über Kontakte zu Julius Raab von der Heimwehr und dem niederösterreichischen Landeshauptmann Josef Reither. Darüber hinaus konnte sie auf eine durchaus gute Zusammenarbeit mit dem Landbund im niederösterreichischen Landtag verweisen. Vehemente Gegner der Gemäßigten unter Renner waren freilich ihre Parteifreunde aus Oberösterreich, die einem Kampf mit den „Faschisten“ nicht aus dem Weg gehen wollten.

Auf dem Parteitag wurde auch der Anschlussparagraph aus dem Programm eliminiert. Otto Bauer erinnerte in diesem Zusammenhang, stets für den Anschluss an eine Deutsche Republik, nicht aber für einen an das „Zuchthaus Hitlers“ eingetreten zu sein. Als neues Ziel galt nun die völkerrechtliche Neutralisierung Österreichs. Wollte Mitteleuropa ökonomisch nicht dem Ruin zusteuern, war es wiederum für Renner unbedingt notwendig, weiträumige, einheitliche Wirtschaftsgebiete zu schaffen, um endlich aus der „Kleinstaaterei und Zwergwirtschaft“ herauszufinden. Die bisherigen Lösungsvorschläge aus den europäischen Metropolen hielt er nicht für zielführend. Ein „Mitteleuropa im engeren Sinne“ etwa, ein Zollverein Österreichs mit Deutschland und der Tschechoslowakei erachtete er als keineswegs autark. Dieses nicht geschlossene Wirtschaftsgebiet dreier Industrieländer stünde einer Gruppe agrarisch ausgerichteter südosteuropäischer Staaten gegenüber. Auch die von Paris immer wieder ventilierte Donauföderation zwischen den Staaten der Kleinen Entente, Österreichs und Ungarns schaffte seiner Ansicht nach keine ausreichende Wirtschaftskombination. Die Industriestaaten könnten dabei nur ein Drittel der südosteuropäischen Getreideausfuhr aufnehmen. Gleichzeitig wären Österreich und die Tschechoslowakei nicht in der Lage, den Industrie- und Finanzbedarf der Agrarstaaten Ungarn, Jugoslawien und Rumänien bloß annähernd zu decken. Nach Renners Vorstellungen mussten Österreich, Ungarn und die Tschechoslowakei den Kern bilden. Im Gegensatz zur Kleinen Entente wäre diese Kombination zwar ökonomisch äußerst fruchtbar, jedoch gegenwärtig politisch unmöglich, da die drei Kleinstaaten in der Einflussphäre verschiedener Großmächte, nämlich Deutschlands, Italiens und Frankreichs, stünden. Dem Altkanzler erschien es daher am zweckdienlichsten, dass Mitteleuropapolitik ausschließlich Sache der betreffenden Völker zu sein hatte. Eine Selbstbestimmung des Donauraumes sei die kardinale Voraussetzung wirtschaftlicher Wiederaufrichtung. Die Großmächte sollten sich daher tunlichst zurückhalten.¹⁴

Der Parteitag von 1933 spiegelte den schwindenden Einfluss Otto Bauers wieder. Der rechte, vor allem niederösterreichische Parteiflügel (Renner, Landeshauptmann-Stellvertreter Oskar Helmer, Robert Danneberg, Adolf Schärf, damals Se-

¹⁴ *Rauscher*, Renner, 286.

kretär im Parlamentsklub, und Theodor Körner) setzte sich zunehmend gegenüber der Mitte der Partei, verkörpert durch Otto Bauer und Karl Seitz, durch. Es hatte durchaus den Anschein, dass seit dem außerordentlichen Parteitag die Gemäßigten die weitere Taktik der Sozialdemokraten bestimmten. Die Kooperationsbereitschaft der „Niederösterreicher“ ging weit, sehr weit. Renner zeigte sich sogar bereit, mit eigenen, am Ständestaat orientierten Entwürfen die bisherige Entwicklung gleichsam im Nachhinein zu legalisieren. Allein Dollfuß wollte selbst von diesem extremen Entgegenkommen nichts wissen.¹⁵

Die lasch wirkende Haltung der Parteileitung gegenüber der Entdemokratisierung Österreichs führte aber zu massenhaften Parteiaustritten. Beinahe ein Drittel ihrer Mitglieder hatte die Partei bereits verloren. Die meisten von ihnen sympathisierten nunmehr mit dem ebenfalls gegen das Dollfuß-Regime gerichteten Nationalsozialismus.¹⁶ Neben der faschistischen Führung in Rom drängten auch die Heimwehren, allen voran Vizekanzler und Innenminister Fey, entschieden gegen die Sozialdemokraten vorzugehen.¹⁷ Wiederholt wurden von der Exekutive geheime Waffenlager des mittlerweile illegalen Schutzbundes ausgehoben. Die Sozialdemokraten befürchteten die bevorstehende Auflösung der Wiener Landesregierung und die Verhaftung der maßgeblichen Funktionäre der SDAP.

Eine neuerliche Waffensuche der Exekutive im Linzer Hotel „Schiff“, dem Sitz der Schutzbundführung, löste am frühen Morgen des 12. Februar 1934 den Bürgerkrieg aus. Der Aufstand des Schutzbundes – gegen den Willen der sozialdemokratischen Führung in Wien – verlief ungeordnet, dilettantisch und war von Beginn an zum Scheitern verurteilt.¹⁸ Schon bald sahen sich die Schutzbund-Kämpfer in den großen Gemeindebau-Anlagen von Polizei und Bundesheer umzingelt und ohne Verbindung zueinander. Der zwingend notwendige Generalstreik blieb aus. Bundesheer und Exekutive waren dem Schutzbund waffentechnisch weit überlegen und wurden zusätzlich von den regierungsnahen paramilitärischen Verbänden unterstützt.¹⁹ Die Bundesregierung verhängte das Standrecht, erklärte die SDAP für aufgelöst und ließ am Nachmittag die sozialdemokratische Wiener Landesregierung verhaften. In den Bundesländern wurde vor allem in der Obersteiermark und in Oberösterreich heftig gekämpft. Am 13. Februar war auch dort die Schlacht entschieden, und zwei Tage später ebten die Kampfhandlungen schließlich zur Gänze ab.

¹⁵ Anson *Rabinbach*, *The Crisis of Austrian Socialism. From Red Vienna to Civil War 1927-1934* (Chicago-London 1983) 148 ff.; *Rauscher*, Renner, 286-288.

¹⁶ Siehe dazu vor allem *Rabinbach*, *The Crisis of Austrian Socialism*, passim.

¹⁷ Siehe Georg J. E. *Mautner Markhof*, *Major Emil Fey. Heimwehrführer zwischen Bürgerkrieg, Dollfuß-Mord und Anschluß* (Graz 2004).

¹⁸ Ernst *Hanisch*, *Der große Illusionist. Otto Bauer (1881-1938)* (Wien-Köln-Weimar 2011) 293-302.

¹⁹ Kurt *Peball*, *Die Kämpfe in Wien im Februar 1934*. Wien 1983. Februar 1934. Ursachen, Fakten, Folgen, ed. Erich Fröschl und Helge Zoitl (Wien 1984).

Der Bürgerkrieg hatte aufseiten der Schutzbündler und Zivilisten 196, aufseiten der Regierungstruppen 118 Menschen das Leben gekostet, noch mehr waren verwundet worden. Die Exekutive verhaftete rund 10.000 Sozialdemokraten, von denen sich viele bald in den berüchtigten Anhaltelagern wiederfanden. Neun Schutzbundführer wurden nach Standgerichten hingerichtet. Otto Bauer und Julius Deutsch gelang mit mehreren hundert Schutzbundangehörigen die Flucht nach Brünn. Andere sozialdemokratische Spitzenpolitiker wurden in Einzelhaft interniert und Anfang März ins Landesgericht transferiert, wo gegen den Parteivorstand das Verfahren wegen Hochverrats begann. Der von Dollfuß geplante Schauprozess musste aber aufgrund der regierungsfeindlichen ausländischen Presse entfallen. Die Sozialdemokratie in Österreich war zerschlagen. Tausende Sozialisten wurden aufgrund ihrer politischen Zugehörigkeit von ihrem Arbeitsplatz entlassen. Besonders in den Bundesländern liefen junge, verbitterte Sozialdemokraten zu den Nationalsozialisten über. Etwa 2000 Schutzbündler flohen nach Spanien und schlossen sich dem Kampf der Republikaner gegen die Franco-Truppen an. Andere emigrierten in die Sowjetunion, wo sie später Stalin in sibirische Lager deportieren lassen sollte. Von Brünn aus versuchte Otto Bauer die illegale Sozialdemokratie in Österreich am Leben zu erhalten.²⁰

Ende April 1934 trat ein Rumpfparlament – ohne Sozialdemokraten – „zur Fortsetzung der Sitzung vom 3. März 1933“ noch einmal zusammen. 471 Notverordnungen nach dem Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz von 1917 erhielten so nachträglich ihren legislativen Sanctus. Die Regierungsvorlage des „Bundesverfassungsgesetzes über außerordentliche Maßnahmen im Bereich der Verfassung“ wurde schließlich bei zehn großdeutschen Gegenstimmen angenommen, anstatt sie der verfassungsrechtlich notwendigen Volksabstimmung zu unterziehen. Die Errichtung der Diktatur war beschlossene Sache. Demokratische Parteipolitik wurde durch eine christlich orientierte, berufsständische Vertretung abgelöst, die Republik Österreich konvertierte zum Bundesstaat Österreich. Dieser befand sich von seinem Selbstverständnis her in deutlicher Distanz zum westlichen parlamentarischen Demokratiemodell.²¹

Dollfuß hatte dabei ein Bild sozialer Harmonie vor Augen, das auf einer Verklärung eines falsch verstandenen Mittelalters beruhte. Er verachtete die moderne, städtische industriekapitalistische Gesellschaft und sehnte sich nach einer einfachen bäuerlich-ländlichen Lebensordnung. Die Berufsstände hätten den Staat zu entlasten. Die Arbeiterschaft, so schwebte es ihm idealisiert vor, sollte wieder entpolitisiert werden, um den Gegensatz zum Unternehmer zu beseitigen und mit diesem fortan im selben Berufsstand gleichberechtigt zu sein. Der Stände-

²⁰ Grundlegend: Everhard *Holtmann*, *Zwischen Unterdrückung und Befriedung. Sozialistische Arbeiterbewegung und autoritäres Regime in Österreich. 1933-1938* (Wien 1978).

²¹ Zur Frage der Terminologie des Regimes siehe auch die eindeutige Position in: *Austrofaschismus. Politik-Ökonomie-Kultur. 1933-1938*, ed. Emmerich Tálos und Wolfgang Neugebauer (=Politik und Zeitgeschichte 1, Wien⁵ 2005) 413-417.

staat galt in der Theorie seiner Verfechter als Antipode zur Parteiendemokratie im Dauerstreit. Freilich gelang es nicht einmal den Regierenden, dem harmonischen Anspruch zu entsprechen. Macht- und Richtungskämpfe gehörten vom Anfang bis zum Ende zum politischen Alltag des Ständestaates. Von einer Gleichberechtigung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer konnte in der Praxis ohnedies nie die Rede sein.²²

Bereits das Jubiläumsjahr 1933 – der 250. Jahrestag der Türkenbelagerung Wiens – hatte in Erinnerung an die katholische Mission der Feldzüge gegen die Osmanen helfen sollen, eine christlich-abendländische Ideologie zu verankern. Das vom Merkantilisten Philipp Wilhelm von Hoernigk stammende „Österreich über alles, wenn es nur will“ wurde zum großen Motto auserkoren. Dollfuß war bestrebt, den Staat auf der Basis der „herrlichen Enzyklika“ des Papstes, der „Quadragesimo anno“, nezugestalten. Die Ideologie hatte defensiven und rückwärts orientierten Charakter und hielt die Liebe und Treue zu Heimat und Vaterland besonders hoch. Österreich galt so als ein selbständiger, deutscher, christlicher und sozialer Staat. Weil es zu keinem wirklichen Ausbau der Stände kam, blieb der christlichsoziale Ständestaat bis 1938 jedoch nur Programm.

Die Kirche lieferte dem Regime wichtige Elemente der Ideologie, zumal es ihrem Wunsch entsprach, die Gesellschaft wieder zu „verchristlichen“.²³ Der Ständegedanke war seitens konservativer Kreise innerhalb des Katholizismus ein alter Traum. Der Klerikalismus diente als Staats- und Gesellschaftsprogramm.²⁴ Christlichsoziale, Heimwehren und katholische Kirche bildeten eine kulturpolitische Einheitsfront. 1933 hatte der Kirche auch als Jahr des Kreuzzugs gegen die „Gewaltherrschaft des österreichischen Marxismus“ gegolten, wie man sich in höchsten Kreisen des Klerus ausdrückte, und so fasste sie die Gegenrevolution auch als Gegenreformation auf. Gleichzeitig verstärkte sich aber auch der von den Nationalsozialisten betriebene Antiklerikalismus – gerade auf dem Land. Die von oben verordnete Rekatholisierung griff nur wenig. Gegen Ende des Regimes begann die Kirche, zum Schuschnigg-System auf Distanz zu gehen. So weigerte sie sich mit Vehemenz, ihr Vereinssystem aufzugeben und die Jugenderziehung völlig dem Staat zu überlassen. Der Antisemitismus war zwar nicht Teil der offiziellen ständestaatlichen Politik, doch er besaß eine gewisse Tradition im Denken vieler Vertreter des Regimes.

Feiern, Aufmärsche, Appelle und Treuekundgebungen, die an den Faschismus erinnerten aber doch durch ihren ultrakonservativen Hintergrund dessen Dynamik und Aggressivität entbehrten, sollten das Gemeinschaftsgefühl heben und die Identifikation mit dem Regime und seiner Ideologie steigern. Bei all diesen

²² Ulrich Kluge, *Der österreichische Ständestaat 1934-1938* (Wien 1984).

²³ Siehe auch Sabine Jufinger, *Politischer Katholizismus im Austrofaschismus 1933/34-1938* (Innsbruck 1993).

²⁴ Ernst Hanisch, *Der Politische Katholizismus als ideologischer Träger des „Austrofaschismus“*. In: *Austrofaschismus*, 68-86.

Veranstaltungen dominierte das Hierarchische, Militärische und Emotionale. Eine authentische Begeisterung vermochten sie bloß selten zu erzeugen. Das ständestaatliche Regime bemühte sich darüber hinaus, mit einer eigenen deutschen Österreich-Ideologie der NS-Anschlusspropaganda beizukommen. Geschichte und Kultur dienten zur Schaffung einer Ideologie eines universalistischen Österreich. Die Errichtung eines „Wahren Heiligen Reiches“ – jenseits der durch die Pariser Vorortverträge verordneten kleinstaatlichen Lösung und Grenzen – wurde als „Mission“ verkündet. Dieses Reich sollte ein österreichisches, katholisches, föderalistisches, gesamtdeutsches in Mitteleuropa mit Wien als dessen Zentrum sein. Die katholischen Österreicher wurden gegenüber den protestantischen Preußen als die besseren Deutschen gehandelt, die zudem im Donauraum und in Südosteuropa eine kulturelle deutsch-nationale Mission zu erfüllen hätten – ein Programm, das der Ständestaat allein naturgemäß niemals verwirklichen konnte.²⁵

Dollfuß hatte mit der neuen Verfassung vom – bewusst gewählten – 1. Mai 1934 seine Maßnahmen zur Errichtung einer Diktatur legitimiert. Die ständische Verfassung ging besonders auf das Ideengut der Enzyklika „Quadragesimo anno“ und der universalistischen Soziallehre Othmar Spanns zurück. Der Bundeskanzler und sein Kabinett regierten nun nicht mehr durch den – mittels einer Wahl bekundeten – Willen der Bevölkerung, sondern in Rückbesinnung auf die 1918 zugrunde gegangene Monarchie nur mehr „durch die Gnade Gottes“. Der Bundespräsident sollte in Zukunft von den Bürgermeister des Landes bestellt werden.²⁶

Die ständische Verfassung sah vier Körperschaften vor, die getrennt und geheim über die Gesetzesentwürfe der Regierung zu beraten hatten und Gutachten abgeben durften: den politisch besetzten Staatsrat sowie den allen voran mit Mitgliedern des Katholizismus besetzten Bundeskulturrat, den berufsständischen Bundeswirtschaftsrat und den besonders mit den Landeshauptmännern bestückten Länderrat. Freilich lag es im Ermessen der Regierung, den Ratschlägen nachzugehen oder nicht. Der aus Mitgliedern dieser Räte sich zusammensetzende Bundestag übte die Funktion eines Scheinparlaments aus, wenngleich er die Berechtigung besaß, Regierungsvorlagen abzulehnen. Debatten über die Gesetzesvorlagen waren hingegen nicht gestattet. Zudem besaß die Bundesregierung ohnehin das Mittel der „außerordentlichen Gesetzgebung“, von dem sie mittels des „Ermächtigungsgesetzes“ vom 30. April 1934 reichlich Gebrauch machte.

Die politische Willensbildung oblag laut Verfassung ausschließlich der „Vaterländischen Front“ (VF). Sie sollte alle bestehenden Parteien ersetzen und gleichzeitig keine Parteipolitik betreiben. Die Front wurde als Sammelbecken für alle „patriotischen, österreichbewußten Bürger“ geschaffen, die damit ihre Loyalität

²⁵ Anton *Staudinger*, Zur „Österreich“-Ideologie des Ständestaates. In: Das Juliabkommen von 1936. Vorgeschichte, Hintergründe und Folgen. Protokoll des Symposiums in Wien am 10. und 11. Juli 1976, ed. Ludwig Jedlicka und Rudolf Neck (Wien 1977) 198-240.

²⁶ Zur Ideologie vgl. Anton *Staudinger*, Austrofaschistische „Österreich“-Ideologie. In: Austrofaschismus, 28-52.

gegenüber der Regierung und dem unabhängigen Staat an Donau und Alpen bekundeten. Die Verbände der Heimwehr traten geschlossen in die Vaterländische Front ein. Die Mitgliedschaft in der Einheitspartei wurde zur Voraussetzung für ranghöhere Posten im öffentlichen Dienst.²⁷ Das Regime führte auch eine Änderung des Staatswappens durch: Der Adler mit Hammer und Sichel wurde durch den monarchischen Doppeladler mit rotweißem Bindenschild ersetzt.

Österreich wurde nun auch verfassungsrechtlich zu einem Staat mit politischem Monopol, Einheitsgewerkschaften und Zwangsorganisationen, mit weitgehend eingeschränkter Meinungsfreiheit, mit einer Presse und einem Rundfunk, die ebenso wie das Justizwesen der staatlichen Kontrolle unterstanden. Die Repression kam demnach nicht von paramilitärischen Organisationen sondern vom Staat direkt, von Polizei und Militär, und sie hielt sich in Grenzen, die radikalere, totalitäre Regime ignorierten. Die österreichische Diktatur setzte zudem vor allem auf die alten, konservativ-monarchistischen und autoritär orientierten Gruppen (Bürokratie, Kirche, Aristokratie und Militär), und nicht bloß auf die Heimwehren. Dollfuß bediente sich vielmehr der paramilitärischen Verbände, nützte ihre innere Zerstrittenheit ebenso wie die Gegensätze unter den anderen politischen Gränden und sein persönlich sehr gutes Verhältnis zu Mussolini aus.

Durch das Konkordat übte die katholische Kirche wieder erheblichen Einfluss auf Schule, Ehe und Familie, auf das gesamte öffentliche Leben aus. Die soziale Basis des Ständestaats beschränkte sich ohnehin im Wesentlichen auf die katholischen Kernschichten: Groß- und Mittelbauern, Klein- und Mittelbürger mit den regionalen Schwerpunkten in Niederösterreich und Tirol. Mit der Gründung der „Vaterländischen Front“ versuchte Dollfuß die antimarxistischen Kräfte zu vereinen.²⁸ Das christlichsoziale Lager sollte durch sie einen Schub der Erneuerung erfahren, die Heimwehren ein Gegengewicht erhalten und dem Nationalsozialismus „der Wind aus den Segeln genommen werden.“²⁹ Während Dollfuß und ebenso Schuschnigg bereits die Christlichsoziale Partei der Vergangenheit zuordneten, meinte Obmann Carl Vaugoin sie neben der „Vaterländischen Front“ weiter bestehen lassen zu können. Er blieb jedoch mit seiner Auffassung weitgehend allein und wurde von Dollfuß sogar aus der Regierung hinauskomplimentiert.³⁰

Die Christlichsoziale Partei verkümmerte daraufhin zwar zusehends, vermochte dem Bundeskanzler aber immerhin noch die Ablehnung einer Regierungszusammenarbeit mit den Nationalsozialisten abzurufen, bevor sie ihre Auflösung schließlich selbst befürwortete. Mit dem Beschluss der Bischofskonferenz vom 30. November 1933, die Priester aus der Politik zurückzuziehen, hatte die Kirche der Christlichso-

²⁷ Ludwig Reichhold, Kampf um Österreich. Die Vaterländische Front und ihr Widerstand gegen den Anschluß 1933-1938 (Wien 1985).

²⁸ Siehe umfassend Irmgard Bärnthaler, Die Vaterländische Front. Geschichte und Organisation (Wien 1971).

²⁹ Reichspost, 14. 3. 1933.

³⁰ Ludwig Reichhold, Carl Vaugoin. Die Krise der österreichischen Demokratie (Wien 1990).

zialen Partei bereits ohnehin ein wichtiges Element ihrer Führungsschicht geraubt und damit maßgeblich zu deren Verfall beigetragen, der sich freilich schon aufgrund schlechter Wahlergebnisse, Überalterung und Kontroversen mit den Heimwehren abgezeichnet hatte. Der Klub der Christlichsozialen Partei löste sich schlussendlich am 14. Mai, die Parteileitung am 27. September 1934 auf.

Die „Vaterländische Front“ war nicht bloß eine Konstruktion von oben, ihr fehlte in den Anfängen auch jegliche Programmatik, sieht man von dem durch Dollfuß geprägten Österreichbild ab. Mehr Verein als tatsächliches faschistisches Machtinstrument, besaß sie nicht einmal eine konkrete Organisation. Aufgrund des Beitritts ganzer Körperschaften zählte sie zu Beginn 1934 bereits eine halbe Million Mitglieder und trat im Rahmen der Maiverfassung monopolistisch als „Träger des österreichischen Staatsgedankens“ an die Stelle der Parteien. Ihr Aufbau war nach dem Führerprinzip autoritär, (berufs-)ständisch und nach territorialen Gebietsorganisationen gegliedert. Die Funktionäre und Führer entstammten freilich allesamt der Christlichsozialen Partei. Der österreichischen Regierungsdiktatur fehlte aber vor allem der Zugang zur Jugend, wie dies dem Nationalsozialismus und dem italienischem Faschismus so verhängnisvoll gelang.

Aufgrund der Protektorrolle Italiens nach dem NS-Putsch erhielten zwar die Heimwehren wieder größere innenpolitische Bedeutung, kamen aber dennoch nicht an der Machstellung der alten christlichsozialen Eliten vorbei. Sie blieben lediglich ihr Assistent bei der Sicherung der antidemokratischen Herrschaft. Innerhalb der VF gerieten sie sogar in heftige Kontroversen mit den anderen Wehrformationen, die ihnen als demokratisch strukturiert erschienen und mit denen sie nicht auf dieselbe Stufe gestellt werden wollten. Gleichzeitig standen sie jedoch sowohl den Absichten der Regierung, das System zu straffen und zu vereinheitlichen als auch dem Heer, das in den paramilitärischen Formationen mit autonomen Status einen lästigen Konkurrenten sah, im Weg.

Im Unterschied zu den anderen Parteien kannte die Propaganda der Nationalsozialisten keinen Stillstand. Sie war hochprofessionell und bediente sich nicht bloß zahlloser Veranstaltungen, sondern brachte besonders nach der Machtergreifung Hitlers in Deutschland Rundfunk und Film wie auch das Flugzeug zum Einsatz. Der politische Gegner wurde ohne Unterlass verschiedener Skandale beschuldigt oder dessen Fußvolk mit roher Gewalt konfrontiert. Die Nationalsozialisten waren zudem hochmotiviert und zeigten größten persönlichen Einsatz. Dabei schreckten sie auch nicht vor der Anwendung terroristischer Methoden zurück. Jedes Mittel schien recht, die Aufmerksamkeit auf die nationalsozialistische Bewegung zu lenken und den politischen Gegner zu diffamieren, einzuschüchtern und bis aufs Äußerste zu bekämpfen. Nicht nur das Dritte Reich finanzierte die österreichischen Nationalsozialisten, auch Teile der heimischen Industrie unterstützten die Hakenkreuzler mit Geldzuwendungen.

Die soziale und regionale Zusammensetzung der österreichischen Nationalsozialisten war über die Jahre merklichen Veränderungen unterzogen. War der Nati-

onalsozialismus lange eine Bewegung von Post- und Eisenbahnarbeitern sowie Beschäftigten im Öffentlichen Dienst, überwogen 1932 nach dem Aufgehen der Großdeutschen im Nationalsozialismus Beamte und Angestellte als die so genannte neue Mittelschicht. Bereits 1931 war die österreichische Partei unter Gregor Strassers Federführung neuorganisiert worden, womit die völlige Unterordnung unter die deutsche Mutterpartei aber auch der Prozess ihrer Verbürokratisierung einsetzte. Zuständig für den Ausbau der Organisation, die letztlich die Dynamik der Bewegung beeinträchtigte, war „Landesinspekteur“ Habicht, der eine Reihe von reichsdeutschen Funktionären auf wichtige Posten bestellte und sich damit den Zorn jener zuzog, die dafür Österreicher bevorzugt hätten. Zu Reibungen kam es auch zwischen der bei Aufmärschen und als Saalschutz eingesetzten SA und der SS, der vorrangig der Führer- und Rednerschutz oblag.³¹

Der Melde- und Nachrichtendienst der NSDAP informierte die Führung exakt über die eigene Tätigkeit und die des politischen Gegners. Von Erfolg begleitet war auch die Mitgliederwerbung unter Angehörigen des Bundesheeres. Die Bewegung verstand es zudem, verwandte oder verwertbare Ideen und Organisationen wie beispielsweise die Anschlussverbände für sich zu sammeln. Im Landbund bildete sich eine den Nationalsozialisten gewogene Gruppe, zu der später auch Vizekanzler Franz Winkler gehörte. Im April 1933 bildeten die Nationalsozialisten mit dem Steirischen Heimatschutz, im Mai mit den Großdeutschen eine Kampfgemeinschaft.

Neben modernen Massenkundgebungen, Demonstrationen und Tumulten griffen viele Mitglieder der Bewegung auch zum Mittel des Terrors in Form von Bomben- und Mordanschlägen, was schließlich am 19. Juni 1933 zum Verbot der Partei führte.³² Deren Führung wurde von der Härte der Maßnahmen der Regierung Dollfuß überrascht und ging dementsprechend unvorbereitet in die Illegalität. Die Partei spaltete sich in die Organisation der ins Dritte Reich geflohenen Funktionäre und in die „Illegalen“, die in Österreich blieben. Zudem entspann sich eine Diskussion, ob man weiterhin zum Terror greifen sollte oder nicht.

Der Großteil der Führung flüchtete jedenfalls nach München, das zum Zentrum der nationalsozialistischen Österreichpolitik wurde. Theo Habicht, ein Vertrauensmann Hitlers, riss die politische Leitung an sich und suchte, eine weitgehend selbständige Österreichpolitik zu betreiben. Die Finanzierung des Untergrundkampfes erfolgte sowohl durch das Reich und die Partei als auch durch österreichische Industrielle. Der in Kassel gegründete „Kampfring der Deutschösterreicher“ übernahm dann die finanzielle Unterstützung der NSDAP-Organisation in Österreich und die Ausführung der massiven Briefpropaganda.

³¹ Gerhard Botz, Strukturwandlungen des österreichischen Nationalsozialismus (1904-1945). In: Politik und Gesellschaft im alten und neuen Österreich, ed. Isabella Ackerl, Walter Hummelberger und Hans Mommsen, Bd. 2 (Wien 1981) 163-193.

³² Gerhard Botz, Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918-1938 (München² 1983).

Die „Österreichische Legion“, gesammelt im Lager Lechfeld bei Augsburg, war eine Formation der SA, während die SS-Mitglieder im Lager Dachau-Schleißheim zusammengefasst wurden. Lechfeld wurde schließlich aufgelassen und die Angehörigen der „Österreichischen Legion“ auf andere Lager aufgeteilt oder im Grenzgebiet zur Grenzsicherung verwendet. Ausgebildet wurden die Legionäre durch die bayerische Landespolizei, die sie ebenso wie die Reichswehr auch mit Waffen ausstattete. Die Legion stellte eine militärische Kerntruppe dar, die den Kampf und den Terror in Österreich unterstützte. Sie tat dies von Grenzstützpunkten aus mit dem Schmuggel von Sprengstoff, Waffen und Propagandamaterial nach Österreich und dem Anlegen eines Arsenal, um für den Fall eines Überfalls auf die Alpenrepublik die österreichische SA ausreichend versorgen zu können. Legionäre leiteten auch Terrorgruppen in Österreich. Gleichzeitig litt die „Österreichische Legion“ aufgrund ihrer Isolierung unter Disziplinlosigkeiten und Lagerkoller. Besondere Bedeutung kam dem Nachrichtendienst, der Information über Gegner und die eigene Organisation zu. Eine Ergänzung hierzu lieferte die Unterwanderung der österreichischen Beamenschaft auf Bundes-, Landes- und lokaler Ebene mit Nationalsozialisten.

Außerdem gelang es den Nationalsozialisten eine Kooperation mit anderen Gruppen der extremen Rechten herzustellen. So traten Heimwehreinheiten aus Oberösterreich und Tirol zu den Nationalsozialisten über und verschafften ihnen damit auch größere Waffenkontingente. Der Steirische Heimatschutz unterstellte sich gleich zur Gänze der SA. Die Nationalsozialisten erhielten zudem Zulauf durch den Zerfall des rechten bürgerlichen Lagers. Bereits um 1932 hatte sich die Bewegung Sympathisanten von der Großdeutschen Volkspartei und dem Landbund aus der mittelständischen Wirtschaft und Teilen des katholisch konservativen Kleinbürgertums geholt. Nach dem Bürgerkrieg versuchten die Nationalsozialisten auch die sozialdemokratische Arbeiterschaft für eine Oppositionsfront zu gewinnen. Tatsächlich kam es in einigen Bundesländern zur Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Nationalsozialisten und sogar zu Übertritten von Schutzbundangehörigen zur SA.³³

Von großem Gewicht war naturgemäß die NS-Propagandatätigkeit, die zum einen aus München zentral gelenkt wurde, zum andern aber auch auf regionaler und lokaler Ebene in Österreich ihre Ergänzung fand. Die Propaganda erfüllte gleich mehrere Zwecke: die Einschüchterung des politischen Gegners, das Untergraben des Vertrauens in das ständestaatliche Regime, die Demonstration der eigenen Stärke und Dynamik, die Allgegenwart der Bewegung, ihrer Symbole und Ideologie, die Mobilisierung der eigenen Sympathisanten und die Gewinnung Enttäuschter und politisch Heimatloser wie etwa der Sozialdemokraten nach dem Februar 1934.

³³ Gerhard Botz, Arbeiterschaft und österreichische NSDAP-Mitglieder (1926-1945). In: Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich – In Memoriam Karl R. Stadler, ed. Rudolf G. Ardelt und Hans Hautmann (Wien-Zürich 1990) 29-48; Kurt Bauer, Arbeiterpartei? Zur Sozialstruktur der illegalen NSDAP in Österreich. In: Zeitgeschichte (29) 2002. 259-272.

Dollfuß wiederum versuchte, mit Hitler in Konkurrenz zu treten. Bewusst wurde das Kruckenkreuz auf Fahnen, Wappen und Standarten als Gegensymbol zum nationalsozialistischen Hakenkreuz eingesetzt. Der Ständestaat sollte dem Nationalsozialismus des Dritten Reichs die Stirn bieten. Er versuchte es freilich nicht bloß mit Symbolen, sondern auch mit Internierungslagern für die politische Opposition. Die sogenannten Anhaltelager in Wöllersdorf – mit bis zu 5000 Insassen – und Kaisersteinbruch dienten dazu, verhaftete „sicherheitsgefährliche Personen“ ohne gerichtliches Verfahren zu internieren.³⁴

Die Jahre der österreichischen Diktatur waren eine Zeit der ständigen Bedrohung des Systems. Während die Sozialdemokratie ausgeschaltet war, gelang es dem unsicheren Regime jedoch nicht, die Agitation vom Herbst/Winter 1933, wie das Streuen von Hakenkreuzen oder das Hissen von NS-Fahnen, und die seit Mai 1934 sich in unzähligen Bombenattentaten widerspiegelnde Terrorwelle der Nationalsozialisten einzudämmen – trotz der Androhung der Todesstrafe für alle Sprengstoffvergehen und bald sogar für den unangemeldeten Besitz von Sprengstoff. Die regierungstreuen Wehrverbände wurden zum aktiven Gegenterror angehalten, und es kam zu „Geiselaushebungen“ von Prominenten aus dem deutschnationalen Lager. Auf der anderen Seite bemühte sich Dollfuß aber auch um eine Versöhnung mit den Bürgerlich-Völkischen, die allerdings von der eifersüchtigen Heimwehr nach Kräften boykottiert wurde.

Die österreichischen Nationalsozialisten hatten wiederum ihrerseits mit einem Sturz der Regierung Dollfuß noch im Herbst 1933 spekuliert. Angesichts der internen Streitigkeiten, insbesondere zwischen SA und SS, entschied man sich schließlich zu einem Putsch, der von der Exekutive mitgetragen werden sollte und deren erste Ziele das Bundeskanzleramt und der Sitz des Rundfunks sein sollten. Am 25. Juli 1934 erlag dann Dollfuß den Schusswunden, die er beim Eindringen der Angehörigen der österreichischen, besonders aus ehemaligen Bundesheersoldaten sich zusammensetzenden SS-Standarte 89 ins Bundeskanzleramt erlitten hatte. Der nationalsozialistische Putsch schlug jedoch fehl. Daran konnten weder von der SA initiierte Erhebungen in Kärnten, Oberösterreich und der Steiermark noch die kurzfristige Besetzung des Rundfunkhauses etwas ändern.

Österreichweit kamen bei den Kämpfen der SS- und SA-Einheiten mit der Exekutive, dem Bundesheer und den Heimwehren 269 Menschen ums Leben. Der von den Nationalsozialisten zum neuen Bundeskanzler ausgerufenen Anton Rintelen, ein ehemaliger Landeshauptmann der Steiermark und zu diesem Zeitpunkt österreichischer Gesandter in Rom, wurde in einem besonderen Verfahren im März 1935 zu lebenslänglichen Kerker verurteilt und insgesamt 13 Putschisten, darunter

³⁴ Siehe dazu Gerhard *Jagschitz*, Die Anhaltelager in Österreich. In: Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumente 1927 bis 1938, ed. Ludwig Jedlicka und Rudolf Neck (Wien 1975) 128-151 und Wolfgang *Neugebauer*, Repressionsapparat und –maßnahmen 1933-1938. In: Austrofaschismus, 298-319.

der Dollfußmörder Otto Planetta, hingerichtet.³⁵ Ende September 1934 befanden sich schlussendlich (neben 1800 Sozialdemokraten und Kommunisten) 11 600 Nationalsozialisten in Haft. Trotzdem blieben viele Bereiche wie beispielsweise die öffentliche Verwaltung von Nationalsozialisten unterwandert. Braune Sympathisanten fanden sich in etlichen Bereichen der Wirtschaft, Vereine wie etwa der „Deutsche Turnerbund“ fungierten als Tarnorganisation.

Der Versuch des Heimwehrführers und Vizekanzlers Starhemberg, sich an die Spitze der neuen Regierung zu stellen, scheiterte an Bundespräsident Miklas, der schließlich den einst als „Kronprinzen Seipels“ gehandelten Kurt Schuschnigg mit der Bildung des neuen Kabinetts betraute.³⁶ Der Mussolini nahestehende Starhemberg blieb in der von patriotischen Wehrverbänden dominierten Regierung Vizekanzler und übernahm zusätzlich die Funktion des Ersten Bundesführers der VF. Dollfuß wiederum wurde schließlich als prominentestes Opfer nationalsozialistischer Aggression zum Märtyrer hochstilisiert. Das ständestaatliche Regime gestaltete sein Begräbnis am 8. August 1934 zur Verabschiedung eines „Helden“ für die Freiheit Österreichs, zum mythischen Spektakel, dem am Heldenplatz 150 000 Menschen beiwohnten.

³⁵ Vgl. ausführlich Gerhard *Jagschitz*, *Der Putsch. Die Nationalsozialisten 1934 in Österreich* (Graz 1976) 96-167 und Kurt *Bauer*, *Elementar-Ereignis. Die österreichischen Nationalsozialisten und der Juliputsch 1934* (Wien 2003).

³⁶ Siehe dazu auch Anton *Hopfgartner*, *Kurt von Schuschnigg* (Wien 1988) passim.

Österreichs außenpolitischer Kurs 1933/34

Die Zwischenkriegszeit in Europa war geprägt von einer schweren Krise der Demokratie und des liberalen Systems. In einer ganzen Reihe von Staaten konnten sich demgemäß Diktatur und Totalitarismus etablieren.³⁷ Zwischen dem „Marsch auf Rom“ im Oktober 1922 und der nationalsozialistischen Machtergreifung von Januar bis März 1933 hatten sich bereits zahlreiche autoritäre bzw. faschistische Staatsgewalten gefestigt. Im Juni 1923 kam in Bulgarien die autoritäre Regierung Cankov durch einen Militärputsch an die Macht. Wenige Monate später, im September errichtete General Primo de Rivera in Spanien eine Diktatur. Mustafa Kemal Atatürk ging in der Türkei seit Oktober 1923 daran, das Land mittels der Herrschaft einer einzigen Partei zu regieren. In Albanien herrschte Ahmed Zogu seit 1925 autoritär und nahm nach drei Jahren schließlich den Königstitel an. In Polen gewann Marschall Piłsudski durch einen Offiziersputsch im Mai 1926 die Macht, in Portugal leitete ein Aufstand der Militärs unter General Gomes da Costa den Übergang von der Republik hin zur Diktatur ein. Litauen wiederum wurde seit Ende 1926 diktatorisch regiert, in Jugoslawien führte 1929 Alexanders Staatsstreich zur Königsdiktatur, und in Rumänien herrschte König Carol seit 1930 autoritär. Ab Oktober 1932 trieb Ministerpräsident Gömbös, ein Mann mit rechtsextremen und antisemitischen Wurzeln, in Ungarn die „nationale Revolution“ voran. Hitlers Regierungsbetrauung vom Januar 1933 markierte noch nicht einmal den Schlusspunkt. 1934 verließen auch Estland und Lettland den demokratischen Weg. General Metaxas griff im August 1936 in Griechenland nach der Alleinherrschaft. Der bis 1939 erbittert geführte Bürgerkrieg in Spanien brachte schlussendlich den von Italien und Deutschland unterstützten General Franco an die Spitze des Staates, die er dann für Jahrzehnte behaupten konnte. Keines der genannten Regime erreichte freilich auch bloß annähernd die Popularität des italienischen Faschismus und des deutschen Nationalsozialismus. Dies trifft gerade auch auf den österreichischen Ständestaat zu, der seit seinem Bestehen unter den Einflussbereich beider Diktaturen geriet. Die innenpolitische Entwicklung Österreichs blieb selbstverständlich nicht ohne Auswirkungen auf die Außenpolitik der Regierung Dollfuß. Am Ballhausplatz selbst wurde dabei mehr denn je das Altösterreichertum gepflegt. Die Diplomatie

³⁷ Vgl. Karl Dietrich *Bracher*, Nationalsozialismus, Faschismus und autoritäre Regime. In: Österreich, Deutschland und die Mächte. Internationale und österreichische Aspekte des „Anschlusses“ vom März 1938, ed. Gerald *Stourzh* und Brigitta *Zaar* (= Veröffentlichungen der Kommission für Geschichte 16, Wien 1990) 1-27.

sah sich mehr der Tradition der zertrümmerten Donaumonarchie als dem republikanischen Umbruch von 1918 verpflichtet. Der Patriotismus wurde hochgehalten, eine starke, möglichst wenig von demokratischen Einflüssen behinderte Staatsgewalt begrüßt. Für eine solche Haltung stand etwa Theodor Hornbostel, der innerhalb der für die politischen Angelegenheiten zuständigen Abteilung 13 des Bundeskanzleramts zum wichtigsten Beamten aufgestiegen war.³⁸ Loyal und konservativ gesinnt, setzte er den Kurs der Bundesregierung in die Praxis um, wobei er sich allerdings durchaus darum sorgte, dass Wien mit seinen Partnern zu enge Bindungen eingehen könnte. Bei allen ideologischen Einflüssen musste am Ballhausplatz freilich dem Pragmatismus der Vorrang gegeben werden, und dies bedeutete in diesen Jahren mehr denn je, in der außenpolitischen Strategie auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten Rücksicht zu nehmen.

Die Frage der Existenzfähigkeit Österreichs war seit Gründung der Alpenrepublik ein immer wiederkehrendes Thema der europäischen Politik. Handelspolitisch tauchte dabei bisweilen das Lösungsmodell einer Zollunion auf: 1922 mit Italien, 1930/31 mit Deutschland. Nach den Besprechungen mit Inginio Brocchi 1931 stand Sektionschef Richard Schüller seit 1932 mit Italien und Ungarn in Präferenz Zollverhandlungen. Die wichtigsten Handelspartner der Alpenrepublik waren an sich die Nachbarländer und im Besonderen die Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie. Österreichs Außenhandel hatte seit 1930 jedoch einen erheblichen Einbruch erlitten, was sich gerade auch auf die heimische Beschäftigungssituation negativ auswirkte. Schüller, dem maßgeblichen handelspolitischen Experten des Ballhausplatzes während der gesamten Zwischenkriegszeit, schien es jedenfalls evident, dass Österreich „unbedingt eine Erweiterung seines Wirtschaftsraumes“ brauche.³⁹

In seiner Abwehrstellung gegen Nationalsozialismus und Sozialdemokratie suchte das Dollfuß-Regime Anlehnung an zwei benachbarte Staaten, die der vaterländischen Orientierung der sich ausbildenden Wiener Regierungsdiktatur trotz aller Unterschiede nahestanden: an Italien und Ungarn. Schon in den zwanziger Jahren hatten sich die Beziehungen der beiden „Erbfeinde“ verbessert. Dafür sorgte bereits der von Bundeskanzler Schober abgeschlossene Freundschaftsvertrag. Die Südtirolfrage stand einem wirklich problemfreien Verhältnis allerdings weiterhin im Weg.⁴⁰ Deswegen machte Sektionschef Schüller im Februar 1933 anlässlich

³⁸ Seit 1. Januar 1927 Legationsrat, bekleidete Hornbostel schließlich ab 20. Oktober 1932 den Rang eines außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers. Biografisches zum Vorstand der Politischen Abteilung siehe bei Christian Dörner und Barbara Dörner-Fazeny, Theodor von Hornbostel, 1889-1973 (Wien 2006).

³⁹ Arnold Suppan, Jugoslawien und Österreich 1918-1938. Bilaterale Außenpolitik im europäischen Umfeld (= Veröffentlichungen des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts 14, Wien 1996) 1060; Unterhändler des Vertrauens. Aus den nachgelassenen Schriften von Sektionschef Dr. Richard Schüller, ed. Jürgen Nautz (Wien-München 1990).

⁴⁰ Vgl. dazu Walter Rauscher, Österreich und Italien 1918-1955. In: Von Saint-Germain zum Belvedere. Österreich und Europa 1919-1955, ed. Klaus Koch, Walter Rauscher, Arnold Suppan und Elisabeth Vyslonzil (Wien-München 2007) 186-209.

seines Besuchs in Rom Mussolini darauf aufmerksam: „Sie könnten dem Bundeskanzler behufs Kräftigung seiner innerpolitischen Stellung keinen grösseren Dienst erweisen, als wenn Sie auf kulturellem Gebiete in Südtirol Besserungen eintreten lassen würden“. (ADÖ 9/1277) Allein der faschistische Diktator zog es vor, den österreichischen Wunsch ganz einfach zu ignorieren.

Außenpolitik passt sich zumeist den realen internationalen Konstellationen an, und so schien es aufgrund der nationalsozialistischen Bedrohung für Wien das Gebot der Stunde, einen denkbar engen Kontakt mit Rom zu suchen. Von der Unterstützung Großbritanniens und Frankreichs glaubte man nämlich, nicht allzu viel erwarten zu dürfen. Es entsprang somit keineswegs bloß dem mehr oder weniger verwandten ideologischen Hintergrund, sondern vielmehr opportuner Kalkulation, dass der Ballhausplatz Mussolini zum Beschützer der völkerrechtlichen Unabhängigkeit auserwählte. Deshalb suchte Dollfuß auch die Entrevue mit dem Duce: „Angesichts der durch Ereignisse in Deutschland eingetretenen Unklarheit in Beziehung Oesterreichs zu Deutschland wäre es mir dringend erwünscht mich ehestens mit Herrn Mussolini auszusprechen.“ (ADÖ 9/1286) Als Dollfuß den Duce im April 1933 in Rom besuchte, versicherte dieser dem Bundeskanzler, „dass eine autoritäre Regierung in Österreich, die die Erhaltung eines selbständigen Österreich sich zum Ziele setzt“, auf seine Freundschaft und Hilfe „immer wird rechnen können.“ (ADÖ 9/1289) Dollfuß nutzte seine Romreise freilich auch zu Konkordatsverhandlungen, im Rahmen derer ihn Papst Pius XI. in seiner antimarxistischen Orientierung nur noch weiter bestärkte.⁴¹

Ungarn wiederum war zum Unterschied zu Österreich nicht bloß revisionistisch gesinnt, es stand auch dem Dritten Reich weit positiver gegenüber. „Die ungarische Regierung und insbesondere Kánya hätten grosse Stücke auf Hitler und sein Regime gehalten, da sie die Hoffnung hatten, Deutschland würde sich unter Hitler innerlich vollkommen regenerieren und kraftvoll zusammenschliessen, ohne hierbei das Ausland so vor den Kopf zu stossen“, brachte man dementsprechend auch im Bundeskanzleramt die Budapester Einschätzung der Situation in Erfahrung. (ADÖ 9/1298) Ministerpräsident Gömbös beeilte sich allerdings, gegenüber dem österreichischen Gesandten Hennet zu betonen, dass ähnlich wie Italien auch Ungarn „von seinem Standpunkte aus entschieden gegen den Anschluss sein“ müsse. Der Regierungschef vertrat dabei die „Ansicht, dass das beste Einvernehmen zwischen Rom, Berlin, Budapest und Wien herrschen müsse, was gegenwärtig die einzig mögliche Politik sei. Oesterreich aber habe dabei eine ganz besondere grosse Aufgabe politischer und wirtschaftlicher Natur, die für ganz Europa äusserst wichtig und auch für Deutschland so bedeutungsvoll sei, dass die Frage des Anschlusses auch für Deutschland demgegenüber vollkommen zurücktreten müsse.“ (ADÖ 9/1284)⁴²

⁴¹ Protokolle des Klubvorstandes der Christlichsozialen Partei, 233.

⁴² Vgl. ADÖ 9/1278, 1279 und 1283.

Mussolini jedenfalls betrachtete Österreich als Glacis gegen die deutschen Aspirationen in Richtung Süden und Südosten. Wie Deutschland suchte freilich auch Italien, zumindest was die Einflusssphären betraf, im Donau- und Balkanraum das Erbe der zertrümmerten Habsburgermonarchie anzutreten. Im gemeinsamen Kampf gegen den Nationalsozialismus befand sich die Regierung in Rom demgemäß an der Seite der westlichen Demokratien, die ebenfalls die Unabhängigkeit Österreichs bewahrt sehen wollten. Deshalb war die Entfremdung der österreichischen Außenpolitik von den Westmächten seit dem März 1933 bloß eine partielle, da London und Paris naturgemäß eine Frontstellung Italiens als Protektor des kleinen nördlichen Nachbarn gegenüber Deutschland keineswegs ungelegen kam und die „Selbstausschaltung des Parlaments“ im Foreign Office und am Quai d'Orsay weit weniger Beunruhigung hervorrief als in den sozialdemokratischen Parteizentralen Europas. Im Gegenteil sollte es der Bundeskanzler durchaus verstehen, etwa bei der Londoner Weltwirtschaftskonferenz Mitte Juni Sympathien zu gewinnen. (ADÖ 9/1323) Es bedurfte dafür eigentlich bloß, die Versicherung abzugeben, die österreichische Sozialdemokratie nicht komplett zerschlagen zu wollen.⁴³ Die österreichische Diplomatie sah ihre internationale Situation derart günstig, dass sogar die Aufnahme in den Völkerbundrat erörtert wurde. (ADÖ 9/1345, 1348 u. a.)

Ein Zusammengehen Roms mit Berlin musste der Ballhausplatz in dieser Phase nicht befürchten. Im Gegenteil war das Verhältnis zwischen dem Dritten Reich und dem faschistischen Italien in den ersten Jahren mehr von Rivalität denn von ideologischer Freundschaft geprägt. Nirgendwo stießen die gegensätzlichen Interessen Hitlers und Mussolinis so frontal aufeinander als in Österreich. Aber endlich an der Macht, verfolgte Hitler zunächst einmal die Strategie des „evolutionären Wegs“, der politischen Gleichschaltung, die dann als logische Konsequenz zum Anschluss führen sollte. Die österreichischen Nationalsozialisten unter der Führung des undiplomatischen Landesinspektors der Reichsleitung Theo Habicht gaben sich dagegen radikal und strebten die Revolution an.⁴⁴ Zum Auslöser des deutsch-österreichischen Konflikts wurden die Äußerungen des nationalsozialistischen Reichskommissars für die Gleichschaltung der deutschen Justiz, Hans Frank, am 18. März 1933, in der er in einer Rundfunkrede Österreich offen mit einer gewaltsamen Intervention gedroht hatte. (ADÖ 9/1301)

Der Besuch Görings in Rom, ebenfalls im April 1933, brachte keine Klärung des österreichischen Problems. Mussolini empfand die Verhandlungen mit Göring als „lang und schwierig“.⁴⁵ Der preußische Ministerpräsident versicherte zwar im Auftrage Hitlers dem Duce, die Brennergrenze nicht in Frage stellen zu wollen. Für Österreich verlangte er jedoch Neuwahlen und eine nationalsozialistische

⁴³ Siehe Walter *Goldinger*, und Dieter A. *Binder*, *Geschichte der Republik Österreich 1918-1938* (Wien-München 1992) 206 f.

⁴⁴ Vgl. *Goldinger* und *Binder*, *Geschichte der Republik Österreich*, 204.

⁴⁵ Documents Diplomatiques Belges 1920-1940, ed. Ch. de Visscher e F. Vanlangenhove. La politique de sécurité extérieure, tome 3, Nr. 10.